

HSR-Zusatzengagement völlig unbestritten

Mit 120 zu 0 hat der Kantonsrat die Zusatzfinanzierung der HSR durch St. Gallen anstelle von Zürich gutgeheissen.

Von Ruedi Hertach

St. Gallen.– Der Einzige, der zum Thema sprach, war Kommissionspräsident Valentin Rehli (CVP, Walenstadt) – offenbar so überzeugend, dass dann niemand mehr etwas sagen musste. Sein Gremium habe am 7. Mai in Rapperswil-Jona getagt und dabei die Bedeutung der Hochschule Rapperswil (HSR) für Kanton und Region gewürdigt. Der Ausstieg von Zürich aus der HSR-Trägerschaft (mit befristeten Abschiedszahlungen) mache es nötig, dass St. Gallen in die Lücke springe – jedenfalls bis zur neuen Hochschul-Rahmengesetzgebung, die man aufs Jahr 2012 erwarte. Die Lösung sei vernünftig und entspreche dem Interesse des Kantons, seine starke Führung bei der Fachhochschule Ostschweiz zu bekräftigen.

Rekordrechnung – und was nun?

Dass der HSR-Zusatzaufwand den Kanton nicht umwirft, bewies auch die Debatte zum 165-Millionen-Re-

kordüberschuss in der Rechnung 2006. Die Fraktionen äusserten dazu die erwarteten Positionen: Die SVP will «mindestens 12 Prozent» Steuerfussenkung, die FDP «mindestens 10». Die CVP will hingegen auch über tarifarische Korrekturen nachdenken,

ebenso die Grünen, die den Steuerfuss «nicht zweistellig» senken möchten. Die SP ist primär für Investitionen in Bildung, öffentlichen Verkehr, Energie und Umwelt – und daher für «Augenmass» bei Steuersenkungen. Finanzchef Schönenberger indessen

warnte vor verfrühten Festlegungen, im Hinblick auf einen klugen Mix zwischen steuerlichem und investivem Bereich – bei fortdauernder Ausgabendisziplin.

Kein Einbürgerungsmoratorium

Zu den gestern behandelten Vorstössen gehörte jener der SVP für ein Einbürgerungsmoratorium bis zum Inkrafttreten eines neuen Bürgerrechtsgesetzes. Damit könne man, so Lukas Reimann (Wil), weitere «unwürdige» Gemeindeversammlungs-Szenen vermeiden und, so Oskar Gächter (Berneck), der «tiefen Verunsicherung» ein Ende bereiten. Doch Regierungspräsidentin Kathrin Hilber betonte, man beginge Rechtsverweigerung, wenn man die Einbürgerungen einfach vertagen würde; die derzeitige Notverordnung sei verfassungsrechtlich klar abgestützt.

Mit 80 zu 36 lehnte der Rat das Moratorium ab, und mit 91 zu 40 verwarf er eine weitere SVP-Motion, die Einbürgerungen nur bei vorhandener Niederlassungsbewilligung erlauben wollte. Dazu betonte die Departementschefin, es sei Sache der Einbürgerungsräte, diese Gesuche einzeln anzuschauen. Und mit dem neuen Gesetz wolle man vorwärts machen.

21 Köpfe bereiten Ratsreduktion vor

St. Gallen. – Das Kantonsratspräsidium hat sich zur Vorbereitung der Parlamentsverkleinerung zu einem Gremium mit 21 Mitgliedern erweitert. Dieser Runde gehören vom Linthgebiet Marie-Theres Huser (FDP) als Präsidentin und Eva B. Keller (SP) als Stimmzählerin an, ferner Beni Würth (CVP) und Paul Meier (SVP) als Fraktionsvertreter.

Die Vorlage zur Ratsverkleinerung soll im Februar oder April 2008 ins Ratsplenum kommen. Verworfen wurde gestern ein Antrag, für die Kantonsratswahl künftig (wie in Zürich) den so genannten Doppelten Pukelsheim einzuführen; man wolle beim gleichen System bleiben wie der Bund, argumentierte Regierungspräsidentin Kathrin Hilber.

Im Weiteren gab es gestern folgende neuen Kommissionsmandate für das Linthgebiet: Kinderzulagengesetz: Andrea Frei Gschwend (CVP). Gesundheitsgesetz: Urs Roth (CVP). Berufsbildungszentrum Altstätten: Walter Domeisen (CVP). Sporthallen/Berufsbildungszentrum Sargans: Beat Jud (CVP). Hausärzte-Weiterbildung: Peter Göldi (CVP) und Eva B. Keller (SP). Spital-Investitionsplanung: Kurt Hager (CVP) und Paul Meier (SVP). (rh)



Im Griff: Präsidentin Huser und ihr Vize führen den Rat sicher und unaufgeregt.